

Durchatmen am Ende einer dreistündigen Sitzung: Vertreter der Stadtverwaltung, vom Architekturbüro, der BUGA 23 und der Kleingärtner erarbeiteten einen Kompromissvorschlag. Foto: J. Klein

Kompromiss erarbeitet

Zukunft der Kleingartenanlage Mannheim-Feudenheim

Planungen zur "BUGA 2023 Mannheim" sowie einem "Grünzug in Mannheim" bereiteten unter den Gartenfreunden große Irritationen. Ein runder Tisch am 6. November in Mannheim schuf Klarheit.

Ehe die Runde zum tatsächlichen Sachstand "Zukunft der Kleingartenanlage Mannheim-Feudenheim" kam, mussten einige Irritationen aufgelöst werden. Entstanden durch übereifrige und falsche "Mund-zu Mund-Propaganda" sowie einigen ohne ausreichende Erklärung veröffentlichte Vorlagen der Landschaftsarchitekten, die wohl lediglich Gedankenspiele waren.

Die Aufarbeitung dauerte. Die Beharrlichkeit der Vertreter des Landesverbandes der Gartenfreunde um Präsident Klaus Otto sowie den Fachleuten der Stadt und der BUGA 23 erbrachte dann einen möglichen Kompromiss: Etwa 60 Parzellen müssten umgesiedelt werden, die Kosten würde die Stadt tragen. Die Geschlossenheit des Kleingärtnervereins Feudenheim bliebe jedoch erhalten.

Eine akzeptable Lösung wird von allen Seiten angestrebt, dies zeigte sich bei der großen Runde am Tisch schnell. Dabei waren: Markus Roeingh (Fachbereichsleiter Stadt Mannheim), Michael Schnellbach (Geschäftsführer der Bundesgartenschau Mannheim/BUGA 23) und Philip Haggeney (Architektenbüro Lenzen in Bonn) auf der einen Seite. Demgegenüber stark war das Aufgebot der Gartenfreunde, angeführt von Klaus Otto (Landesvorsitzender), Rolf Hurlebaus (Vizepräsident), Harald Schäfer (Landesfachberater), Ralf Bernd Herden (Rechtsanwalt) und Jürgen Klein (Medien). Helmut Losert (Bezirksvorsitzender) sowie Bernd Schüler (Vorsitzender Feudenheim)

und Gaby Gärtner (Vorstandsmitglied) sorgten für die wichtige lokale Präsenz.

Angefangen vom geplanten "Auseinanderund Zerreißen" bis zum völligen Planieren der
kompletten Anlage Freudenheim – alle möglichen Theorien waren umhergegeistert. Viele
Teil- und Unwahrheiten, wie die komplette
Bebauung der bisher von der Spinelli-Kaserne
eingenommenen Fläche, machten die Runde.
Nicht nur zum Ärger von Roeingh, sondern aller
Beteiligten. Zur Irritation trugen auch die vor
einigen Wochen gezeigten Planungsvorschläge
von Landschaftsarchitekt Lenzen bei. Lediglich
Gedankenspiele seien diese Pläne gewesen,
stellte Lenzen-Mitarbeiter Heggeney gleich zu
Gesprächsbeginn richtig.

Fakt ist jedoch, so Markus Roenigh, dass der Stadtrat im Mai dieses Jahres ein klares Stadt-Entwicklungsziel beschlossen hat. Trotz aller Proteste der Kleingärtner. Dazu zählt das Anlegen eines Radschnellweges, was wiederum Parzellen der Kleingartenanlage Feudenheim stark betrifft. Auch stößt die von Landschaftsarchitekt Stepan Lenzen propagierte und vom Rat beschlossene Errichtung eines großzügig wahrnehmbaren Grünzugsauftakts an der Feudenheimer Straße durch die Verlagerung der bestehenden Kleingartenanlage auf wenig Gegenliebe. Viele halten diese Maßnahmen von über 5 Millionen Euro für überflüssig.

Trotzdem werden die Beschlüsse umgesetzt. Lösungen sind gefragt. Nach eingehender Diskussion in dieser Runde wird beim Radschnellweg die wegen geringerer Kurvenradien für die Verkehrssicherheit eine günstigere erste Variante bevorzugt.

Durch den Radschnellweg würde der westliche Teil der Kleingartenanlage mit etwa 60 Parzellen vom größeren Rest abgetrennt. Deshalb sprachen sich die Vertreter des Vereins Feudenheim dafür aus, auch diese Parzellen zusammen mit den direkt für den Radschnellweg in Anspruch genommenen Gärten komplett auf die Ostseite der Anlage zu verlegen.

Landesverband der Gartenfreunde Baden-Württemberg e.V.

Landesverband

251

Die Grundstücke würden laut Verwaltung, BUGA 23 und den Landschaftsarchitekten in Richtung Nordosten umgesiedelt, also direkt an die bestehende Anlage angesetzt. Jedoch soll diese Umsiedelung nicht in kleinen Schritten erfolgen, sondern eher im großen Stil. "Optimal wäre natürlich, wenn eine Umsiedelung eins-zu-seins erfolgen könnte", meint der Fachbereichsleiter der Stadt Mannheim Markus Roenigh. Das heißt: Die Aufgabe der bestehenden rund 60 Parzellen im südwestlichen Zipfel bei einem gleichzeitigen Umzug auf die neuen Grundstücke im nordöstlichen Bereich. Wenn möglichst in einem Zug oder dann in großen Etappen.

Das Angebot seitens der Stadt Mannheim beinhaltet außerdem unter anderem noch: Bereitstellung der neuen Parzellen mit entsprechenden Wegen und Wasserleitungen. Sowie den Abbruch der wegfallenden Parzellen durch fachgerechte und umweltgerechte Entsorgung. Eine genaue Zeitschiene solle von allen Beteiligten noch abgeklärt werden. Dabei ist die Vorgabe der Stadt Mannheim durch den Ratsbeschluss vorgegeben. Die BUGA wird die direkt vom Radschnellweg betroffenen Parzellen auf jeden Fall bis 2019 verlagern. Der Radschnellweg wird mit einer Breite von vier Metern sowie einem Fußgängerweg mit drei Metern in der Breite angelegt.

Insgesamt ein Kompromiss mit dem der Landesverband wohl leben könnte. "Den Ratsbeschluss zu kippen, ist unrealistisch", so Klaus Otto: "Wichtig ist, dass die Anlage nicht zerrissen wird und damit die Einheit und Gemeinschaft bleibt. Zudem kommen keine Kosten auf die Gartenfreunde zu. Sicher tut es weh, eine Parzelle, die über Jahre liebevoll bepflanz wurde, aufgeben zu müssen."

Gängeln will der Landesverband nicht, dass betonte Otto ausdrücklich: "Die letztendliche Entscheidung treffen die Gartenfreunde Mannheim-Freudenheim." Anwalt Ralf Bernd Herden machte deutlich, dass mögliche Abkommen und Verträge rechtlich einwandfrei zu gestalten seien.

> Jürgen Klein, Medienbeauftragter LV Baden-Württemberg